

Abonnement 10 B. monatlich 1,00 B. im Voraus zahlbar. Postbezugs 1,20 B. einzeln. Beleggeld. Auslandsendungen 6.— B. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderzeitung“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 100-Mark-Scheines in 10 Reichsmark, „kleine Angelegenheit“ das ist die Meinung der Partei. Die Konvertierung des 100-Mark-Scheines in 10 Reichsmark ist eine Maßnahme, die die Partei als notwendig erachtet. Die Konvertierung des 100-Mark-Scheines in 10 Reichsmark ist eine Maßnahme, die die Partei als notwendig erachtet.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tondolli 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogewellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 8

Präsident Obregon ermordet.

Fünf Revolverschüsse. — Der Täter verhaftet.

Mexiko, 17. Juli. (WZB.)

Der neugewählte Staatspräsident Obregon, der am 1. Dezember sein Amt antreten sollte, ist ermordet worden. Die Ermordung erfolgte bei einem Bankett in einem Restaurant nahe der Stadt kurz nach 2 Uhr nachmittags. Der Täter wurde verhaftet. Obregon wurde durch fünf Schüsse in den Leib getötet.

Solange keine weiteren Einzelheiten über die Person und die Beweggründe des Täters vorliegen, bleibt man auf Vermutungen angewiesen. Die nächstliegende Annahme kann natürlich nur dahin gehen, daß der Mörder aus dem Kreise derer stammt, die gegen das Regime Calles-Obregon einen offenen Bürger- und Bandenkrieg entfesselt haben. Das sind jene fanatisierten gläubigen Katholiken, Indianer oder Mischlinge, die im Interesse der geistigen und vor allem der materiellen Vorherrschaft der Kirche schon manche Gewalt- und Greuelthat begangen und schon manchen Putsch versucht haben. Alle diese Revolten, die im vergangenen Jahre besonders bedrohlich ausfielen, sind von den jähigen Wächtern unbarmerzig niedergeschlagen worden. Die Führer wurden nach ihrer Gefangennahme ausnahmslos erschossen, darunter auch der General Alvarez, der als Gegenkandidat gegen Obregon für die Präsidentschaftswahl in Aussicht genommen war. Durch diese gewaltsame Beseitigung seines Gegners hatte Obregon seine Wahl zwar im voraus gesichert, aber auch moralisch entwertet.

Der Grad des Fanatismus, der auf beiden Seiten in diesem mexikanischen Bürgerkrieg entwickelt wurde, geht schon aus der geradezu verblüffenden Gelassenheit hervor, mit der die Führer des Putsches seinerzeit den Richtplatz betraten. Die photographischen Aufnahmen dieser Hinrichtungsszenen zeigten bei den dem Tode geweihten Offizieren von einer für europäische Begriffe geradezu fabelhaften Todeserschauung. Es wäre daher an sich kein Wunder, wenn aus dem Kreise der Anhänger oder gar der Angehörigen eines der Hingerichteten der Rächer entstanden wäre, der mit dem sicheren Bewußtsein der eigenen Vernichtung das Haupt der Gegenpartei hätte niederstrecken wollen.

Aber, wie gesagt, es handelt sich einstweilen nur um Vermutungen, und es wäre immerhin nicht undenkbar, daß die Tat das Werk eines weniger politisch-religiösen, als rein pathologisch veranlagten Menschen wäre. Indessen gibt die Tatsache zu denken, daß, wie aus einem Telegramm aus Mexiko meldete, wenige Stunden vor dem Attentat vier Hinrichtungen von militärisch hochgestellten Putschisten stattgefunden hatten.

General Obregon war im politischen Leben Mexikos älter und auch bekannter als sein Vorgänger Calles, dessen Nachfolger er wiederum sein werden sollte. Aber er stand nicht in so innigen Beziehungen zu der organisierten Arbeiterklasse wie dieser. Während unter Calles die Gewerkschaften einen maßgebenden Einfluß auch politischer Art ausübten, war zwischen Obregon und den Arbeiterführern eine Art Bruch eingetreten, über den der „Vorwärts“ kürzlich in einem ausführlichen eigenen Bericht aus Mexiko eingehend berichtet hat. Ohne in ihren wirtschaftlichen Rechten

irgendwie eingeschränkt zu werden, sollten die Gewerkschaften ihre politische Tätigkeit einstellen, und sie hatten sich, wie es scheint, damit bereits abgefunden.

Wie sich nun die weitere Zukunft gestalten wird, ist schwer zu sagen, aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß man befürchten, daß eine neue Ära des blutigsten Bürger- und Guerillakrieges einsetzen wird.

Alvarez Obregon, der aus dem Indianerstaat Sonora stammt, trat erstmals im Jahre 1920 als Gegner des bisherigen Präsidenten Carranza hervor. Als Haupt der Militärpartei, das er als General war, kandidierte er gegen den von Carranza begünstigten Diplomaten Bonillas und erregte daher Aufstände im Süden gegen Carranza. Er hatte Erfolg, zumal auch der Gouverneur von Sonora, Adolfo de la Huerta gegen Carranza auftrat. Carranza mußte am 7. Mai 1920 aus Mexiko fliehen und wurde in Tlaxcalatongo auf Befehl des Generals Herrero, bei dem er Schutz gesucht hatte, im Schlaf ermordet. Obregon seinerseits hatte ausdrücklich Befehl gegeben, Carranza zu schonen. Es wurde dann zunächst de la Huerta provisorisch als Präsident eingesetzt, bei der endgültigen Wahl am 5. September 1920 jedoch Obregon mit 90 Proz. aller Stimmen gewählt.

Am 1. Dezember 1920 trat er sein Amt an. Seine Amtszeit verlief, abgesehen von einigen Aufständen, ohne besondere Vorkommnisse. Am 30. November 1924 ließ sie in normaler Weise ab, und Calles wurde sein Nachfolger.

Inzwischen hat der Kongreß die Verfassungsbestimmung, wonach die Wiederwahl eines Präsidenten schlechthin verboten ist, im Oktober 1926 aufgehoben. Die Verfassung verbietet nunmehr nur noch unmittelbar aufeinanderfolgende Amtsperioden desselben Präsidenten. Infolgedessen war die Bahn frei für seine Wiederwahl als Nachfolger von Calles, die übrigens im vollen Einklang mit diesem erfolgte.

Aufregung und Besorgnisse in Mexiko.

Mexiko, 17. Juli.

In der Stadt hat die Nachricht von der Ermordung Obregons die größte Aufregung und lebhafteste Besorgnis hinsichtlich der politischen Folgen hervorgerufen. Präsident Calles hat sich auf die Nachricht hin sofort nach der Ortsgemeinde San Angel begeben, wo das Restaurant liegt, in dem die Mordtat geschah. Ueber die Persönlichkeit des bereits verhafteten Täters konnte bisher nichts festgestellt werden, da nur sein Vorname Jan bekannt ist.

Vier Hinrichtungen wegen Hochverrats.

Mexiko City. (Eigenbericht.)

Vier Personen, darunter der Adjutant des Gouverneurs des Potosi-Staats in Poispotosi, wurden wegen Diebstahls von Militärmunition und deren Weitergabe an Rebellen vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neue Kämpfe.

New York, 17. Juli.

In Puebla kam es zu neuen Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. Dabei wurden zehn Aufständische getötet und zwölf verwundet. Aus Vibres kommen Meldungen über neue Kämpfe.

Neue Spezialistenhaft in Rußland.

Verhaftungen von Ingenieuren im Kaukasus.

Riga, 17. Juli. (Eigenbericht.)

In Tiflis sind eine ganze Reihe von Ingenieuren der Kaukasus-Gruben verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, in den Jahren 1921—1924 von den ehemaligen Grubenbesitzern hohe Geldunterstützungen erhalten und den Grubenindustriellen Berichte über die Lage der russischen Bergbauindustrie geliefert zu haben.

Teilamnestie für Autonomisten.

Nur Ricklin bleibt weiter in Haft. — Amnestierung Daudets und der Kommunisten abgelehnt.

Paris, 17. Juli. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat entschied sich am Dienstag dafür, weder die in Haft befindlichen kommunistischen Abgeordneten noch den Führer der Action Francaise, Leon Daudet, anlässlich des Nationalfeiertages zu begnadigen. Auch der ehemalige Abgeordnete Ricklin ist nicht begnadigt worden, da er seine Verurteilung nicht zurückgezogen hat und zunächst der Spruch des Kassationshofes

abgewartet werden soll. (Das hätte auch nach französischen Rechtsbegriffen wenigstens eine Unterbrechung der Haft nicht hindern sollen, die gegenüber einem fast 70jährigen Abgeordneten besonders angebracht wäre. Red. d. „V.“) Der Abgeordnete Rossé und die beiden Autonomisten Schall und Fakhauer werden dagegen sofort auf freien Fuß gesetzt.

Bürgerkriegsgenerale bleiben gerüstet.

Das Ende der Peking Militärkonferenz.

Peking, 17. Juli.

Die Peking Militärkonferenz ist nach Veröffentlichung ihrer rein theoretischen Abrüstungsvorschläge, die nunmehr der Genehmigung durch die Kantingregierung unterliegen, lang- und langlos auseinandergegangen. Fong-Yusiang hat Peking überraschend verlassen, nachdem von allen Seiten die Erklärung abgegeben worden war, die Konferenz sei lediglich eine freundschaftlich persönliche Zusammenkunft gewesen, ohne Konferenzcharakter und ohne die Absicht, bindende Abmachungen zu treffen. Die übrigen Militärführer bereiten ebenfalls ihre baldige Abreise vor. Somit ist, abgesehen von der Einigung über die gütliche Auseinandersetzung mit Wratten, für die Klärung der Lage nicht der geringste Fortschritt erzielt worden.

Stalins Rückzug.

Das Fiasco des linken Kurzes.

Von Peter Garwo.

Der linke Kurs in Rußland hat die Volkswirtschaft in raschem Tempo in eine Sackgasse geführt. Die Diktatur befindet sich plötzlich vor einem Abgrund. Es könnte scheinen, als ob der russische „Duce“ Stalin zur Belehrung der Trozki-Opportunisten eine Probe aufs Exempel unternommen habe, um den Wahnsinn des linken Kurzes anschaulich zu beweisen.

Es ist fraglich, ob dieses Ziel erreicht ist. Immerhin hat das letzte verbrecherische Experiment, das am lebendigen Körper des russischen Volkes durchgeführt wurde, verderbliche Folgen gezeitigt. Die weitere Fortführung des linken Kurzes drohte zu einem katastrophalen Schlußakt zu führen. Unter dem Druck der unüberwindbaren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten versucht nun Stalin einzulenken.

Es ist kein Zufall, daß der Beginn der Schwenkung nach rechts zeitlich mit dem kläglichen Fiasco des Schachtj-Prozesses zusammenfällt. Der sinnlose Schachtj-Prozess war als eine Demonstration für den linken Kurs gedacht. Er sollte die Unerklärlichkeit und Wahnsinnigkeit der terroristischen Diktatur bestätigen und gleichzeitig die Unfähigkeit der herrschenden Partei, die Volkswirtschaft weiter zu führen, mit dem Hinweis auf die „Sabotage“ und gegenrevolutionäre „Verschwörungen“ der Ingenieure einigermassen bemängeln. Beide Ziele wurden aber nicht erreicht. Dagegen hat der Schachtj-Prozess sowohl die innere Schwäche der Diktatur als auch ihre wirtschaftliche Impotenz zum Vorschein gebracht. Damit wurde auch der linke Kurs, der diesen Prozess in Szene gesetzt hat, vor der ganzen Welt endgültig kompromittiert. Aber der Schachtj-Prozess und sein klägliches Fiasco sind an sich nur Außenercheinungen. Der jetzt beginnenden Schwenkung nach rechts liegen vielmehr tiefere sozialökonomische und politische Ursachen zugrunde.

Es ist sehr charakteristisch, wie schnell sich im Vergleich zum Kriegskommunismus von 1918—20 die Unmöglichkeit eines linkskommunistischen Kurzes in der Gegenwart gezeigt hat. Nicht nur die außen-, sondern auch die innerpolitischen Verhältnisse haben sich seither grundlegend geändert. Damals bedurfte es der Zerrüttung der gesamten Landwirtschaft und der Industrie, der ungeheuren Bauern- und Matrosenaufstände (Kronstadt), um Lenin zum Aufgeben der linkskommunistischen Utopien zu bewegen. Jetzt genügt dazu eine akute Wirtschaftskrise, begleitet durch „passive Resistenz“ der Bauernschaft, die sich in der Form eines eigenartigen Getreidestreiks geäußert hat.

Es ist die Bauernschaft, die die linkskommunistische Versuchspolitik auch diesmal zur Kapitulation zwang. Die jüngsten spontanen Arbeitslosenunruhen in Moskau, wie die Arbeiterstreiks im Frühjahr 1921 spielten dabei nur eine sekundäre Rolle. Damit erklärt sich sowohl der rein wirtschaftliche Charakter der Konzessionen, die die Diktatur zu machen genötigt wird, als auch die Unzulänglichkeit dieser Konzessionen. Eine radikale Wendung in Rußland kann nur unter dem organisierten Druck der Arbeiterklasse zustande kommen, die sich die Ablösung der terroristischen Diktatur durch die demokratische Republik zum Ziel stellt und alle demokratischen Schichten der Stadt- und Landbevölkerung um sich schart. . .

Es ist freilich verfrüht, schon jetzt über die tatsächliche Aufgabe des linken Kurzes, der auf dem 15. Parteitag verkündet wurde, festzustellen. Seit Lenins Tod sehen wir in Rußland keine folgerichtige Politik mehr. Seine Schüler und Nachfolger scheuen sich vor entschiedenen und kühnen Schritten in irgendeiner Richtung. Ihre Politik erinnert vielmehr an Rösselsprünge auf dem Schachbrett. Keine bestimmte, gerade Linie, nur Zickzack, Wandern, Schwankungen. Auch jetzt können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, ob wir es mit einem dauernden neuen Kurs oder mit einem vorübergehenden Wandern zu tun haben. Aber schon jetzt darf mit Bestimmtheit gesagt werden, daß der Spielraum für die Diktatur immer enger und die Wanderrfreiheit immer geringer wird. . .

Immerhin stehen wir vor einer Schwenkung nach rechts. Diese Schwenkung kam für das russische Volk wie immer ganz unerwartet. In der „unerhörten Arbeiterdemokratie“ hat niemand bis zur letzten Stunde den bevorstehenden „Uferwechsel“ geahnt. Möglichst erlitten das bekannte Rundschreiben des Handelskommissars Mikojan, das es verbietet, die Bauern am Verkauf ihres Getreides auf den Kleinstadtmärkten zu hindern. Plötzlich erschien in der „Pravda“ eine Artikelserie, die den neuesten Rückzug Stalins in der Richtung der NEP „theoretisch“ zu begründen sucht — natürlich mit dem Hinweis auf das kautschukartige „Vermächtnis Lenins“!

Ein verhängnisvolles Mißverständnis. . . Die gesamte Partei habe die Richtlinien des 15. Parteitages verkannt! Die „außerordentlichen provisorischen Maßnahmen“ wurden „falsch“ als eine dauernde neue Politik ausgelegt und durchgeführt. Jetzt — führt die „Pravda“ (Nr. 151) aus — gilt es, dies Mißverständnis zu erläutern. Jetzt gilt es, sofort und allerorts die außerordentlichen Maßnahmen über-

Die Frage der Arbeitsaufsicht.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats verabschiedete in den Sitzungen am 16. und 17. Juli das Gutachten über die beiden letzten Abschnitte des Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes. Den Verhandlungen lag der vom Arbeitsausschuss erstattete Bericht zugrunde.

Der 6. Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt die Arbeitsaufsicht auf der Grundlage der Bestimmungen der geltenden Gewerbeordnung. Bei den Verhandlungen im Arbeitsausschuss wurde von der Abteilung 2 (Arbeitnehmervertreter) eine Reorganisation der Arbeitsaufsicht im Sinne ihrer Übernahme auf das Reich beantragt. Die Abteilung legte hierzu eine Entschliessung vor, welche die wesentlichen Punkte der Reorganisationsmassnahmen, Übernahme der berufsgenossenschaftlichen Unfallüberwachung und der Dampfesselüberwachung auf das Reich, Ausbau der ärztlichen Arbeitsaufsicht und Ausbau der Selbstverwaltung durch Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenfasst.

Die Abteilung 1 (Arbeitgebervertreter) erklärte, der Verzicht auf die Arbeitsaufsicht nicht grundsätzlich entgegenzustehen, sie hielt aber den Zeitpunkt für eine solche Regelung und die Beschränkung der Verantwortlichkeit auf die Arbeitsaufsicht nicht für zweckmässig und widerstrebe vor allem der Übernahme der berufsgenossenschaftlichen Aufsicht und der Dampfesselüberwachung auf das Reich.

Die Abteilung 3 (Vertreter der Verbraucherschaft, der freien Berufe usw.) stimmte mit der Abteilung 2 in der Frage der Verzichtnahme der Arbeitsaufsicht ziemlich weitgehend überein und brachte dies gleichfalls in einer Erklärung zum Ausdruck. Aber auch sie hatte starke Bedenken gegen die Übernahme der berufsgenossenschaftlichen Aufsicht auf das Reich.

So kamen im Arbeitsausschuss zwei Entschliessungen der Abteilungen 1 und 2 und eine Erklärung der Abteilung 3 zustande, die lediglich Abteilungsgutachten darstellten und als solche dem Bericht des Arbeitsausschusses eingefügt wurden. Eine Abstimmung fand nicht statt. Auch der Sozialpolitische Ausschuss hielt es angelehnt dieser geteilten Auffassungen nicht für zweckmässig, sie als Abteilungsgutachten seinem Bericht einzufügen.

Der letzte Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt die Durchführung des Gesetzes. Hier wurde im wesentlichen den Bestimmungen des Entwurfs zugestimmt. Eine Entschliessung der Abteilung 2, die in Rücksicht auf die Erweiterung des Jugendschutzgesetzes eine reichseinheitliche Regelung der Schulpflicht verlangte, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Eine Entschliessung aus den Abteilungen 1 und 3, die zur Frage der Schwarzarbeit Stellung nimmt, fand ebenfalls nur eine geringe Mehrheit. Die Abteilung 2 stimmte geschlossen dagegen.

In Bozen feierten Italiener.

Zwangsbefragung der Privathäuser — die Deutschen bleiben fern.

Durch Zufall kam ich dazu, die Anwesenheit des Königs in Bozen mitzuerleben. Schon auf der Strecke Bremen-Bozen fiel mir auf, daß alles ein kriegsmässiges Aussehen hatte. Seit acht Tagen hatte ich keine Zeitung mehr gelesen. War unterdessen irgendeine Kriegsgefahr entstanden? Nach der Pass- und Zollkontrolle kam ein schwanzbürtiger Kriminalbeamter in Begleitung zweier Schwarzweissen mit schwarzen Kappen und Teateln. Lange studierte er meinen Pass und beschah uns von oben bis unten. Mehrere Seiten schrieb er über meine gefährliche Persönlichkeit in ein Buch. Der Zug war mit Faschisten und Soldaten aller Art überfüllt. Die Stationen waren zu Heerlagern geworden. Je näher wir Bozen kamen, desto toller wurde es. In Bozen standen viele hunderte von Stadtpolizisten, in Grad und Zweimaster, langem Säbel, weisser Schärpe, alles bläuliche Gesichter, neu eingekleidete Rekruten. Jeder Zug bringt Massen von Schwarzweissen, auch deutschsprechende, blonde junge Leute. Zunächst bekommt man den Eindruck, daß die Bevölkerung sich mit der Denkmalsenthüllung abgefunden habe; über die Hälfte, fast zwei Drittel aller Häuser sind grünweissrot dekoriert, unter den Fenstern laufen landesfarbene Tuchanhänge entlang. Doch erkundigt man sich, erfährt man, daß die Dekoration Zwang ist; jeder Hausbesitzer, jeder Mieter erhält so und so viel hundert Meter Stoff und eine Menge Fahnen. Wehe dem, der sie nicht benutzt. Am Tage der Einweihung des Denkmals hört man kein deutsches Wort, man denkt, man sei in Neapel. — Die Beamten antworten überhaupt nicht auf deutsch, „non capisco“ und der Schalter fliegt zu. Wenn ein Deutschstämmiger hier sprechen will, muß er sich schon nach allen Seiten erst umsehen, ob ihm niemand aufgeschaut. Die Hotels sind beschlagnahmt, in einem deutschen Hotel z. B. 140 Zimmer; bezahlt wird natürlich nicht viel. Das Denkmal steht auf der Stelle, wo die Desterreicher das Denkmal stehen hatten, das abgerissen wurde. Schön ist das neue Denkmal gerade nicht, ein mäßig guter Triumphbogen über der Brücke in Gries. Kein Deutscher hat sich auf der Straße sehen lassen; es war ein Fest der Italiener. Vor der Enthüllung fand eine Auffahrt statt, mit einem ungeheuren Festaufwand: Farben, Schärpen, Schleifen, Orden, Bänder, Federn! Es wundert mich nur, woher diese bläulungen Soldaten und Faschisten diese vielen Orden haben. Leute von 18 Jahren hoben die ganze Brust davon bedeckt.

Das Belgrader Attentat.

Der Mörder gestorben. — Jagd auf den Anstifter.

Belgrad, 17. Juli.

Der aus Bulgarien stammende Jovan Ramciloff, der den Anschlag auf den serbischen Königin Elisabeth verübt hat, ist am Dienstag vormittag im hiesigen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, ohne vorher noch verhört werden zu können. Die Ermittlungen haben ergeben, daß Ramciloff 1925 mit anderen bulgarischen Flüchtlingen über Griechenland nach Jugoslawien gekommen ist. In Belgrad wurde er durch den jetzt flüchtigen bulgarischen Offizier Milicicoff, Mitglied des bulgarischen revolutionären Komitees, material unterstützt und zu der Tat ausgeführt. Milicicoff soll noch in Jugoslawien sein. Die Regierung hat auf seine Festnahme eine Belohnung von 100 000 Dinar (7500 Mk.) ausgeschrieben.

Neues Kampfmittel für Monarchisten. Wie aus Athen gemeldet wird, drängte sich in einer Versammlung eine royalistische Dame an Benzelos heran und bat ihn, seine Hand küssen zu dürfen. Als ihr dies gewährt wurde, biß sie ihn hinein. — Wir empfehlen dies Verfahren zur Wiederherstellung der Monarchie den deutschen Monarchisten um Coelking. Es braucht ja nicht gerade die Hand zu sein.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden nach einer Vereinbarung der beiden Delegationsführer am 10. September in Warschau wieder aufgenommen.

Die Flucht vor der Hitze.



Zwei Welten — zwei Methoden!

Faschistenblamage auf der Pressa.

Mißglückter Versuch einer Zensurierung der sozialdemokratischen Presseausstellung.

Köln, die Stadt der „Pressa“, birgt gegenwärtig nicht weniger als drei italienische Presse-Ausstellungen. Vor wenigen Tagen wurde mit großer demonstrativer Geise in Anwesenheit des italienischen Botschafters die offizielle italienische Ausstellung im Staatenhaus eröffnet. In guter äußerlicher Aufmachung wird Italien als italienisches Reiseland gepriesen, und die faschistische Presse in der Gloriole Mussolinis demonstriert. Es versteht sich, daß man hier nicht das geringste erfährt von der Vernichtung der Pressefreiheit, von der Zerstörung zahlreicher Redaktionen der sozialdemokratischen, liberalen und katholischen Blätter, nichts von den Ermordungen, Verfolgungen und Verbannungen, die der faschistische italienische Journalismus auf sich nehmen mußte.

Bevor die offizielle Ausstellung ihre Pforten öffnete, waren jedoch die Antifaschisten auf dem Plane erschienen. Sie haben im Kölner Volkshaus eine Sonderausstellung organisiert, die mit erschütternden Einzelheiten die Notlage italienischer Pressewesen zeigt. Eingehend wird hier auch die Presse der italienischen Emigranten zur Darstellung gebracht. Daneben aber befindet sich noch im Hause der Arbeiterpresse auf der Pressa eine Vitrine, worin die Ermordung Matteottis auf Grund von Pressedokumenten gemürdigt wird. Daneben befinden sich einige Photographien über die Zerstörung des „Avanti“ durch faschistische Horden.

Gerade diese kleine Ausstellung hat den besonderen Zorn des faschistischen Ausstellungskommissars in Köln hervorgerufen. Er trat im Namen seiner Regierung an die Leitung der Pressa mit dem Ersuchen heran, die „Konzentration“ A.-G. als verantwortlichen Organisator der sozialdemokratischen Abteilung des Hauses

„Ihr Schreiben vom 16. Juni dieses Jahres an das „Haus der Arbeiterpresse“ ist uns von unserem Vertreter in Köln übermittelt worden. Für die Ausstellung der sozialdemokratischen Parteipresse ist der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verantwortlich. Wir haben darum auch dem Parteivorstand Ihren Einspruch unterbreitet.

Die von uns ausgestellten Zeitungen und Photos sind auch in den sozialdemokratischen deutschen Zeitungen im Abdruck erschienen. Wir demselben Recht, mit dem die italienische Regierung fordert, daß wir diese Zeitungen aus unseren Vitrinen entfernen, könnte sie auch verlangen, daß wir die deutschen Zeitungen nicht zur Ausstellung bringen, die Artikel enthalten, welche sich gegen die italienische Diktatur richten.

In unserer Vitrine sind ausgestellt: Die Nummer der „Giustizia“ vom 27. Juni 1924. Die Nummer ist in Mailand legal erschienen. Die Beschriftung: Matteotti ermordet am 20. Juni 1924 kann bei der italienischen Regierung keinen Anstoß erregen, da Mussolini die offizielle Version verbreitete, daß „Wegelagerer“ den Mord verübt hätten. Die Nummern der „Libertà“ und des „Avanti“ sind beide am 20. Juni 1928 in Paris erschienen, unterstehen also nicht der italienischen Oberhoheit. Gegen die Photos der zerstörten Räume des „Avanti“ kann Einspruch seitens der italienischen Regierung nicht erhoben werden, da ja diese Zerstörung von Mussolini öffentlich verurteilt worden ist.

Wir bringen diese Erklärung nicht deswegen, weil wir glauben, damit unser Recht auf Ausstellung der genannten Zeitungen und Photos begründen zu müssen. Wir müssen es im Gegenteil prinzipiell ablehnen, uns von der italienischen Regierung Vortheile über den Inhalt unserer Ausstellung machen zu lassen. Unsere Erklärungen sollen nur den Beweis liefern, daß auch rein sachlich die Forderungen der italienischen Regierung absolut unberechtigt sind.

Wir haben im Auftrage des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erklären, daß wir es ablehnen, in unserer Ausstellung auf Wunsch der italienischen Regierung eine Zensur vorzunehmen.

Diese klare und deutliche Antwort der sozialdemokratischen Korporation hat alle weiteren Vorläufe nach dieser Richtung unterbunden. Zugunsten der Ausstellungsleitung darf man annehmen, daß sie gegenüber der italienischen Aufforderung nur einen Akt formeller Höflichkeit unternahm. Im Ernst hat sie natürlich nicht das Recht, in unserer Ausstellung im Hause der Arbeiterpresse irgend eine Zensur auszuüben. In jedem Falle bedeutet der Ausgang der Angelegenheit eine Niederlage der italienischen Regierung. Wider Willen hat sie die Erinnerung an Matteotti und an die Gewalttaten ihres Regimes aufs neue belebt und der kleinen antifaschistischen Ausstellung im Hause der Arbeiterpresse neben allen übrigen Dokumenten eine besondere Beachtung erzwungen.

Hilfe für Fildner.

Eine Aktion der Stadt Dortmund.

Die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung nahm folgenden von der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag an:

„Der Magistrat wird ersucht, beim Vorstand des Deutschen Städtetages anzuregen, eine Geldsammlung unter den deutschen Städten in die Wege zu leiten, um die Auswertung der wissenschaftlichen Expeditionserfolge des Dr. Fildner sicherzustellen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt 5000 Mk. für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.“

Der Antrag wurde gewissermaßen aus Protest gegen den in einem geradezu nationalistischen Rahmen ausgearteten technischen Erfolg der Djeanflieger gestellt. Er bedeutet nicht nur eine Anerkennung und Ehrung Fildners, sondern darüber hinaus auch eine wertvolle Förderung der deutschen Wissenschaft durch die Sozialdemokratie.

Bei Kohla, in der Nähe von Jena, wurde dieser Tage unter großer Beteiligung der republikanischen Bevölkerung ein Friedrich-Ebert-Stein eingeweiht. Der mehrere Zentner schwere Naturstein ist von republikanischen Arbeitern unentgeltlich errichtet worden.

Das Tanagerabkommen ist am Dienstagmorgen in Paris im Außenministerium paraphiert worden. Die Paraphierung erfolgte durch den Unterstaatssekretär Berthelot für Frankreich und den Botschaftern Englands, Spaniens und Italiens.

Advertisement for 'MATTEOTTI' featuring a newspaper clipping from 'La Giustizia' with a portrait of a man and the word 'ERMORDETI' written vertically.

der Arbeiterpresse zur Entfernung dieser antifaschistischen Ausstellung aufzufordern. Selbstverständlicher war die Leitung der Pressa diesem Ersuchen zu willigen. Sie wandte sich an die „Konzentration“ mit der Bitte, den Einspruch der italienischen Regierung zu würdigen. Im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand richtete daraufhin die „Konzentration“ A.-G. an die Ausstellungsleitung den folgenden Brief:

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper Unter d. Linden, 25. August erste Vorstellung nach den Ferien. Städtische Oper Bismarckstr., Ferienhalber geschlossen!

Deutsches Theater Norden 12 3/4 U. Ende nach 10 1/2. Artisten Max Reinhardt. Die Komödie Bismarck 2414/733 1/2 U. Ende 10 1/2 U.

Volkshöhle Theater am Mühlentor, 8 1/2 Uhr. Orpheus in der Unterwelt. Der Kuhhandel.

Sachsenburg-Theater, 8 1/2 Uhr. Es kommt jeder dran! Revue von Fr. Holländer.

Theater am Kottbusser Tor, Kottbusser Str. 6 Tel.: Mpl. 16077. Während des Urlaubs der Elite-Sänger.

Theater des Westens, 8 1/2 Uhr. Lori Leux in Die ungekübte Eva.

Reichshallen-Theater, Gastspiel der Dresdner Viktoria-Sänger.

Walballa-Th., Weinbergweg 19/21. Täglich 8 1/2 Uhr. Der Wirt vom Heldekrug.

Berliner Uk-Trio, Neukölln, Lehstr. 74/75. nur 60 Pf.



1928 AUSSTELLUNG Die Technische Stadt Jahresschau Dresden Mai - Oktober

Komische Oper 8 1/2 Uhr. JAMES KLEIN'S gewaltiges neues Revue-Stück 'Zieh' dich aus! 200 Mitwirkende.

Kleines Theater, 8 1/2 Uhr. Sprungbrett der Liebe. Zeisch-Ballot, Christel Storm, Törning, Garrison Schafeldin.

Rosé-Theater, 8 1/2 Uhr. Heute gr. Kindertag. Die heusche Susanne.

Zentral-Kranken-Untersützungsverein der Schmiede. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Relege Otto Köppen am 18. Juli gestorben ist.

Willi Peste. Fügen wir allen Freunden u. Bekannten, insbesondere d. Reichshaller Wirtenberg, unseren herzlichsten Dank.

Schlaf-Chaiselongue mit Metallfüßen nur 87,-. WIL. Bettenhaus Moabit, Wittenbergstr. 21.

MÖBEL auf Kredit. Niedrige Anzahlung Monatsraten 20-30 M. Eigene Fabrikation August F. Schultze, Invalidenstr. 145.



Sie werden das selbe sagen, was Millionen erfahrener Hausfrauen immer wieder betonen, wenn sie vergilbe oder graue Wäsche durch Sil, Henkels beliebtes Bleichmittel, schneeweiß erhalten.

Sil zum Bleichen ohne Gleichen!

Eisschränke auch bis zu 18 Monats-Raten. Radlatz, Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123.

Gegr. Betten-Hühn, 1903. W 30, Stadischstraße 47, am Winterfeldplatz. Neukölln, Hermannstr. 33, Neukölln 0139.

Anzeigen-Werbeleiter für die schriftl. Kundenwerbung großer Zeitschriften und Tageszeitungen gesucht.

Verkäufe. Wappzeichen, herrlich, beaufh. 200,-. Einzahlung 200,-. Wagner, Wendische, Siedlerhofstraße 21.

Wohnungen. Kleinwohnungen, nur für Invaliden, sehr schön, kein Bauzuschlag, bester 1. Wagon, Wohnraum, 2 1/2-Zimmer, Straße 79, Neumann 694.

Möbel. Patentmatrasen, „Prinzipal“-Matrasen, Kellergarnituren, Schlafsofas, Spezialmöbel.

Kreisfürsorgerin. Die Stelle der Kreisfürsorgerin für landwirtschaftliche Haushaltungsfunde ist beim Kreiswohlfahrtsamt des Kreises Rothenburg (Ostb.) zum 1. Oktober d. J. zu befüllen.

Redakteur gesucht! Eine bayerische Parteiorganisation (SPD) sucht bald einen leitenden politischen Redakteur.

Feinmechaniker für den Bau geodätischer Instrumente gesucht. Bewerbungen m. Angabe d. bisher. Tätigkeit erbittet R. Reiss G.m.b.H., Fabrik Liebenwerda, Provinz Sachsen.

Unterricht. Schullehrerabte, Deutschl., Russl., Poln., Englisch, Buchführung, Buchhaltung, Buchdruckerei, Buchbinderei, Buchverkauf, Buchhandel, Buchvertrieb.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Die Stelle der Kreisfürsorgerin für landwirtschaftliche Haushaltungsfunde ist beim Kreiswohlfahrtsamt des Kreises Rothenburg (Ostb.) zum 1. Oktober d. J. zu befüllen.

Kreisfürsorgerin. Die Stelle der Kreisfürsorgerin für landwirtschaftliche Haushaltungsfunde ist beim Kreiswohlfahrtsamt des Kreises Rothenburg (Ostb.) zum 1. Oktober d. J. zu befüllen.

Redakteur gesucht! Eine bayerische Parteiorganisation (SPD) sucht bald einen leitenden politischen Redakteur.

Feinmechaniker für den Bau geodätischer Instrumente gesucht. Bewerbungen m. Angabe d. bisher. Tätigkeit erbittet R. Reiss G.m.b.H., Fabrik Liebenwerda, Provinz Sachsen.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- List of advertising locations and subscription information for 'Vorwärts' newspaper, including addresses in Berlin, Potsdam, and other regions.